ALTERNATIVE DIE GRÜNEN ZUG CSP. Faire Politik

Kantonsrat des Kantons Zug
Stefan Moos
Kantonsratspräsident
Regierungsgebäude
Seestrasse 2
6300 Zug

Vorlage Nr. 4203.1
Laufnummer 18795
Eingang 19. Oktober 2026

Zug, 19. Oktober 2026

Interpellation der Alternativen – die Grünen Zug betreffend politische Teilhabe von Jugendlichen im Kanton Zug

Sehr geehrter Herr Ratspräsident
Lieber Stefan

Der Schweizer Jugend- und Demokratiemonitor 2025 (gfs.bern im Auftrag des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente DSJ, publiziert Februar 2026) zeigt eine besorgniserregende Entwicklung: Der wahrgenommene Ertrag politischer Bildung unter Jugendlichen ist weiter gesunken und erreicht einen neuen Tiefstwert. Gleichzeitig hängt politische Bildung gemäss der begleitenden Befragung von Lehrpersonen stark vom individuellen Engagement einzelner Lehrpersonen ab und wird durch Zeitmangel häufig eingeschränkt. Darüber hinaus zeigt die Studie grundlegende Herausforderungen:

- Es bestehen deutliche Unterschiede nach Ausbildungsweg: Berufsschüler:innen zeigen ein geringeres politisches Interesse, haben in der Schule weniger Aktivitäten der politischen Bildung erlebt und können sich seltener vorstellen, sich politisch zu engagieren.
- Es besteht eine deutliche Diskrepanz zwischen der hohen Wertschätzung demokratischer Mitbestimmung und der Bereitschaft, sich selbst zu beteiligen.
- Politische Information erfolgt zunehmend über digitale Kanäle, wobei viele Jugendliche Mühe haben, die Glaubwürdigkeit von Beiträgen in sozialen Medien einzuschätzen.
- Zudem bestehen Geschlechterunterschiede: Junge Frauen interessieren sich seltener für Schweizer Politik, informieren sich weniger häufig und trauen sich deutlich seltener, ihre politische Meinung zu äussern.

Die vorliegenden Befunde zeigen deutlich, dass es sich nicht um ein punktuelles Problem handelt, sondern um strukturelle Herausforderungen der demokratischen Integration junger Menschen. Hinzu kommt, dass junge Menschen in politischen Institutionen klar untervertreten sind. Eine funktionierende Demokratie ist darauf angewiesen, dass alle Bevölkerungsgruppen, auch junge Menschen, gleichberechtigt Zugang zu politischer Bildung und Teilhabe haben.

Metallstrasse 5
6300 Zug
info@alternative-zug.ch
www.alternative-zug.ch
+41 41 711 99 09
PC 60-455060-1
fb.com/AlternativeZug
@AlternativeZG

Der Monitor beruht auf einer gesamtschweizerischen Befragung; der Kanton Zug wird darin lediglich als Teil der Region Innerschweiz erfasst. Kantonsspezifische Aussagen lassen sich deshalb daraus nicht ableiten. Umso wichtiger ist es zu wissen, wie sich die Situation im Kanton Zug präsentiert und welche Grundlagen dem Regierungsrat dazu vorliegen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Regierungsrat zu Unterschieden in politischer Bildung und politischer Teilhabe im Kanton Zug vor, insbesondere im Vergleich zwischen Jugendlichen in der Berufsbildung und solchen an den Kantonsschulen, und wie werden allfällige Unterschiede ausgeglichen? Falls dazu keine kantonalen Daten vorliegen: Ist der Regierungsrat bereit, entsprechende Grundlagen zu erheben?
2. Gemäss der Studie geben nur noch 40 % der Jugendlichen an, in der Schule viel über Politik gelernt zu haben; die befragten Lehrpersonen weisen zudem auf die starke Abhängigkeit vom Engagement Einzelner und auf Zeitmangel hin. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass alle Jugendlichen systematisch und qualitativ ausreichend politische Bildung erhalten, und welche Massnahmen sind geplant, um diese strukturell zu stärken und ausreichend Unterrichtszeit zu sichern?
3. Wie erklärt der Regierungsrat die Diskrepanz zwischen der hohen Wertschätzung demokratischer Mitbestimmung und der geringen Bereitschaft junger Menschen, sich selbst zu beteiligen, und welche konkreten Massnahmen bestehen, um die Beteiligung (z. B. Abstimmungen, Engagement, Kandidaturen) zu erhöhen?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die zunehmende Bedeutung digitaler und sozialer Medien für die politische Information Jugendlicher, und welche Programme bestehen zur Förderung von Medienkompetenz, insbesondere im Umgang mit Desinformation und Fake News?
5. Wie hoch ist der Anteil junger Menschen (unter 35 Jahren) in politischen Gremien im Kanton Zug, und welche Massnahmen bestehen zur Förderung junger Kandidierender sowie zur Senkung von Einstiegshürden in politische Ämter?
6. Welche Erkenntnisse liegen dem Regierungsrat zu geschlechtsspezifischen Unterschieden in politischer Bildung, Beteiligung und Repräsentation vor und wie gedenkt er diese, sofern vorhanden, auszugleichen?
7. Sieht der Regierungsrat angesichts der aufgezeigten Entwicklungen Handlungsbedarf für eine umfassende Strategie zur Förderung der politischen Bildung und demokratischen Teilhabe von Jugendlichen?

Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung dieser Fragen.

Für die Alternative – die Grünen Zug

Konradin Franzini